

Autoritäre Politik und ihre Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft

Ruth Simsa

Die Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Organisationen ist ein wesentlicher Faktor der Demokratie. Sie ermöglicht Gemeinschaftsbildung als Grundlage für politische Teilhabe, sie bringt neue oder vernachlässigte Themen in die Kommunikation, und sie ist häufig wesentlicher Ort der Ausübung von Kritik und Protest. Politische Rahmenbedingungen sind dafür entscheidend. Eine Untersuchung in acht europäischen Ländern zeigt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) deutlich resilienter sind, wenn es förderliche Bedingungen und gute Kooperationen mit dem Staat gibt (Pape et al. 2019). Umgekehrt ist die kritische Zivilgesellschaft in der Entstehung autoritärer Regime oft unter den ersten Zielen. Autoritäre Regime entstehen immer seltener durch massive Gewalt, sondern in einem schleichenden Prozess oft kleiner Schritte, die auch in gut entwickelten Demokratien zu beobachten sind.

Der Artikel untersucht, wie sich die Rahmenbedingungen für CSOs in Österreich in den letzten Jahren verändert haben. Dazu werden empirische Befunde des Jahres 2019 mit einer Erhebung aus 2014 verglichen. Es wird eine Einschätzung der Strategien der ÖVP-FPÖ Koalition in Bezug auf die Zivilgesellschaft vorgenommen und in Zusammenhang mit demokratiepolitischen Befunden gebracht.

Hintergrund: Die Krise der liberalen Demokratien und Folgen für die Zivilgesellschaft

Gegenwärtig werden die Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in vielen europäischen Ländern schwieriger. Eine Entwicklung von staatlich abgesicherter Solidarität hin zur Privatisierung sozialer Aufgaben führte zu einer tendenziellen Erosion sozialer Stabilität (Zimmer 2014). Im Zuge des Machtgewinns rechtspopulistischer Parteien erfährt diese Situation in vielen Ländern eine neue Wendung: Rahmenbedingungen des Engagements werden gezielt verschlechtert. Dies betrifft nicht nur Länder mit schwächeren demokratischen Strukturen, sondern zunehmend auch westeuropäische Staaten.

Das Modell der liberalen, repräsentativen Demokratie befindet sich weltweit in der Krise (Ágh 2015; Levitsky und Ziblatt 2018; Mounk 2018). Zahlreiche Indikatoren für Demokratie verzeichnen seit rund einem Jahrzehnt Rückgänge. Der einflussreiche „Freedom in the World“-Index meldete 2019 bereits das zwölfte Jahr in Folge eine Verschlechterung der weltweiten Lage der Demokratie (Freedom House 2008, 2019). Selbst in den konsolidierten Demokratien Westeuropas und Nordamerikas ist ein markanter Rückgang von Vertrauen in politische Institutionen und politischer Partizipation beobachtbar (IDEA 2018). Ein Aspekt der Krise ist der Aufstieg (rechts)populistischer Parteien und zunehmend autoritär agierender Regierungen, die demokratische Insti-

tutionen unterminieren und versuchen, BürgerInnenrechte einzuschränken. Die Deutlichkeit dieses Trends wird als „democratic rollback“ (Diamond 2008) oder „dritten Welle der Autokratisierung“ (Lührmann und Lindberg 2018) bezeichnet.

Der Begriff „Rechtspopulismus“ wird für fremdenfeindliche Parteien verwendet, die häufig auch extremistische Positionen vertreten. Rechtspopulistische Parteien haben mehrere Merkmale gemeinsam: „Sie sind nationalistisch und rassistisch, überwiegend islamfeindlich, treten innerhalb der Europäischen Union für nationale Souveränität ein, stellen sich gegen die politischen und gesellschaftlichen Eliten, sie kritisieren die repräsentative Demokratie und fordern – je nach Opportunität – Plebiszite oder Volksabstimmungen.“ (Flecker et al. 2019; nach Loch und Norocel 2015) In der Debatte werden die Begriffe „Populismus“ und „Autokratie“ bzw. „Autoritarisierung“ häufig gemeinsam und manchmal sogar synonym verwendet (Freedom House 2008; Mounk 2018). Der anti-pluralistische Charakter von (Rechts)Populismus und damit autokratische Vorgehensweisen werden generell betont (Mudde 2004; Müller 2017; Urbinati 2016). Heitmeyer spricht von autoritärem Nationalradikalismus. Dieser propagiert rigide Führung, hierarchische soziale Ordnung, Kampf und Freund-Feind-Schemata. Diese Haltung macht etwa in Deutschland die AfD oder in Österreich die FPÖ erfolgreich. Besonders problematisch ist der Versuch, gesellschaftliche Institutionen zu destabilisieren. Eine andere Facette ist die „rohe Bürgerlichkeit“, die Übernahme aggressiver Narrative und Abwertungen schwacher Gruppen durch eher gut gebildete und gut gestellte Personen (Heitmeyer 2012, o.S.).

Der Prozess der Entwicklung autoritärer Regierungen verläuft in der Regel in verschiedenen Stufen: Zunächst wird eine diskursive Delegitimierung der regierungskritischen Zivilgesellschaft versucht. Danach wird die politische Partizipation eingeschränkt und es folgen Änderungen auf Policy-Level: Öffentliche Gelder werden entlang einer Polarisierung von „guter“ und „schlechter“ Zivilgesellschaft weg von politisch unabhängigen zu abhängigen CSOs gelenkt. Auch Einschränkungen von politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten gehören zu den ersten Handlungen von populistisch-autokratischen Regierungen (Cassani und Tomini 2019), etwa in Form der Einschränkung der Versammlungsfreiheit oder auch auf der Ebene des politischen und öffentlichen Diskurses. Dieser Prozess wird als *civil society capture* bezeichnet. (Moder und Pranzl 2019, 10)

Ungarns Regierung unter Viktor Orbán etwa schränkte nicht nur die unabhängige Presse massiv ein, sondern erschwerte die Rahmenbedingungen für bestimmte CSOs erheblich. Beispielsweise müssen Organisationen, die finanzielle Mittel von ausländischen Institutionen erhalten, sich amtlich registrieren, woraus weitere Einschränkungen folgen. Gleichzeitig baute die regierende Fidesz Partei systematisch „civic circles“ auf, die gewissermaßen eine loyale „Zivilgesellschaft von rechts“ darstellen (Greskovits 2017). Ähnliche Tendenzen zeigen sich in unterschiedlichem Ausmaß auch in anderen Ländern, die von Populisten und Autokraten regiert werden. Die türkische Regierung förderte im Bereich der Frauenarbeit gezielt Organisationen, die die Regierungsagenda unterstützten, während der kritische Teil der Zivilgesellschaft ausgehöhlt wurde (Doyly 2016, 2017). In Russland sind ausländisch finanzierte und/oder politisch aktive CSOs ebenfalls von einer immer restriktiveren Rechtslage betroffen (Cheskin und March 2015). Die Polarisierung der Zivilgesellschaft ist ein inhärentes Merkmal populistischer Strategien, die darauf abzielt, politische GegnerInnen zu delegitimieren und den eige-

nen Machtanspruch als die „wahren Vertreter“ des Volkes zu stärken (Mudde 2004; Müller 2017).

Die Situation in Österreich

In Österreich gab es in den letzten Jahren in Bezug auf die Zivilgesellschaft eine turbulente Entwicklung. Nach einem Anstieg zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingskrise kam es zu Polarisierungen rund um dieses Thema. Die Nationalratswahl 2017 führte zu einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ, die beide einen polarisierenden, stark auf das Flüchtlingsthema bezogenen Wahlkampf gemacht hatten. Auch klassische Sozialthemen wurden mit dem Asylthema verbunden, das „Nationale“ wurde zum Primat der Innen- und Außenpolitik, eine „Anti-Eliten-Politik“ dominierte die Rhetorik. Die Regierungskoalition kann daher als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Im Gegensatz zu den meisten CSOs vertreten rechtspopulistische Parteien exklusive Konzepte von Solidarität (Hofmann et al. 2019). Ausgangspunkt der vorliegenden Studie war daher die Vermutung, dass sich mit der neuen Regierung auch Änderungen in den Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft ergeben würden.

Tatsächlich setzte das internationale Netzwerk CIVICUS 2018 den Status Österreichs im Zivilgesellschafts-Rating herab. Österreich ist demzufolge nach einem Jahr ÖVP-FPÖ Regierung nicht mehr „offen“, sondern „engeengt“. Begründet wird dies insbesondere damit, dass die Koalition den strukturierten Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft verweigere, diese öffentlich immer wieder diskreditiere, Angriffe auf die Pressefreiheit durch die Regierung stattdänden und Grund- und Freiheitsrechte beschränkt würden.¹

Methodik

Methodische Grundlage der Erhebung bildeten, erstens, Literatur- und Dokumentenanalysen. Zwischen August 2018 und Februar 2019 wurden, zweitens, insgesamt 53 Interviews mit ExpertInnen sowie mit VertreterInnen von CSOs geführt. Im Februar 2019 haben, drittens, 310 Führungskräfte von CSOs an einer quantitativen Erhebung zu Änderungen der Rahmenbedingungen teilgenommen. Und im März 2019 wurde, viertens, eine repräsentative Umfrage zur Wahrnehmung von Nonprofit-Organisationen durch die Bevölkerung in Auftrag gegeben. Die erzielten Ergebnisse wurden in zwei Fokusgruppen mit CSO VertreterInnen diskutiert. Die Erhebung ist ein Update des 2014 durchgeführten Civil Society Index (More-Hollerweger et al. 2014), daher können auch Veränderungen analysiert werden.

Ergebnisse

„Klimatisch ist es eine Eruption“

In Bezug auf das allgemeine Klima lässt sich eine deutliche Polarisierung des Diskurses feststellen, Versuche der Einschüchterung sowie der Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in Medien und von Seiten der Politik. Delegitimierung erfolgt z.B. durch Unterstellung von Profitinteressen, Abwertung der Arbeit, und einer allgemein negativen, ausgrenzenden Rhetorik: *„Da kommen eben dann diese Ausdrücke wie NGO-Wahnsinn im Mittelmeer, (...) Asyl-Industrie (...). Da wird schon bewusst, (...) ein gewisses Feindbild zivilgesellschaftlicher Organisationen aufgebaut.“* Es gibt eine konstante Abwertung bestimmter CSOs, die sich mit vulnerablen Zielgruppen beschäftigen, sowie auch Abwertungen ihrer Klientel als „Durchschummler“, „Asylbetrüger“ etc. Ein vielfacher Vorwurf ist, dass CSOs nur im Eigeninteresse arbeiten. Der Begriff der Gemeinnützigkeit gerät damit unter Druck. Damit einher geht die Polarisierung der Zivilgesellschaft: *„Es gibt plötzlich die Guten und die Schlechten in der Zivilgesellschaft.“* Der Grundkonsens hinsichtlich der Bedeutung von Zivilgesellschaft scheint aus der Sicht der Befragten zu erodieren: *„[L]ange Zeit war (...) ein Grundkonsens, wir brauchen diese Zivilgesellschaft. Die ist ein wichtiges Korrektiv. (...) Diesen Grundkonsens sehe ich nicht mehr in der Form.“*

Die Bevölkerung teilt diese Einschätzung nur zum Teil. In der repräsentativen Erhebung, schreiben 81 % (2014: 88 %) gemeinnützigen Organisationen einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert zu (von 88 auf 81 %). Bemerkenswert ist allerdings ein signifikanter Rückgang dieser Einschätzung bei jüngeren Menschen bis 29 Jahre, von denen nur noch 68 % CSOs einen hohen oder sehr hohen Stellenwert einräumen (2014: 92 %). Auch stimmen 45 % der Aussage zu, dass CSOs *„in letzter Zeit generell an Ansehen verloren“* haben und immerhin 20 % meinen, dass CSOs *„nur dazu dienen, sich am Leid anderer zu bereichern“* (wurde 2014 nicht abgefragt).

CSOs und deren VertreterInnen werden von Regierungsseite häufiger direkt angegriffen. Die Art und Schärfe dieser Angriffe ist neu und wird als Tabubruch wahrgenommen: *„Die verbalen Attacken sind schon härter geworden (...) wenn der Kurz Ärtzte ohne Grenzen in Richtung illegaler Flüchtlingshelfer rückt. Das war in der Zweiten Republik (...) undenkbar. (...) Und das ist wirklich ein Tabubruch (...) das ist der Bundeskanzler, der das legitimiert.“* Es finden auch Einschüchterungsversuche von Seiten der Politik statt. Diese haben einen anderen Charakter als noch vor ein paar Jahren. So wird von (offen oder versteckt) drohenden Telefonanrufen berichtet, aber auch von gerichtlichen Anzeigen.

„Wir sind am Beginn von einem massiven Wandel hin zu einer Demokratie ohne Partizipation, ohne Einbindung.“

Traditionell hat Österreich ein gutes Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und der Politik (Pennerstorfer et al. 2013). CSOs standen in vielen Bereichen in einem Dialog mit der Regierung und sie waren häufig in Gesetzgebungsprozesse eingebunden. Die Teilhabe der Zivilgesellschaft war nicht immer in dem von CSOs gewünschten Maß gegeben, mit der ÖVP-FPÖ Regierung gab es aber deutliche Verschlechterungen im Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und der Politik. Alle Befragten nehmen eine

Reduktion von Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungen wahr: *„Also die Regierung ist jetzt nicht an Partizipation, Kooperation oder Austausch interessiert. (...) es ist ein ganz ein anderer Stil, wo eine kleine Gruppe die zentralen Entscheidungen trifft und alles andere ist vollkommen unbedeutend.“*

CSOs werden aus Gesetzgebungsprozessen weitgehend und systematisch ausgeschlossen, es finden kaum mehr Dialoge mit der Bundesregierung oder einzelnen Ministerien statt: *„Keine Partizipation, keine Einbindung, wir erfahren viele Dinge erst aus den Medien.“* Die Politik wird von CSOs als zunehmend autoritär bezeichnet. Eine deutliche Veränderung sind kürzere Gesetzgebungsverfahren, die kaum Zeit für Stellungnahmen lassen. *„Fristen, die früher üblich waren, (...) die werden nicht mehr eingehalten oder nicht mehr berücksichtigt.“* Begutachtungsfristen werden dabei *„sehr kurz“* gesetzt, oft über Feiertage gelegt. Initiativanträge verhindern Stellungnahmen: *„Bei Themen, wo man ganz genau weiß, dass es wahrscheinlich Widerstände geben wird (...). Da dann Gesetze per Initiativantrag einzubringen und durchzupeitschen, das ist schon beachtlich.“* Das Ziel ist es offensichtlich, dass Entscheidungen *„möglichst schnell durchgeboxt werden. Und es möglichst wenige Gegen-Stellungnahmen dazu gibt“*. Dabei wird die Aufmerksamkeit für Themen, bei denen man umfangreiche Kritik erwartet, *„möglichst geringgehalten, ja möglichst wenig Zeit um breiteren Widerstand zu organisieren“*.

Vielfach wird das Fehlen von AnsprechpartnerInnen kritisiert. Während es früher zumeist direkten Kontakt mit Ministerien gab oder öffentliche Anhörungen stattfanden, so vermeiden VertreterInnen der Politik nun den Austausch. Die Politik ist intransparenter geworden und sie kommuniziert kaum noch der Zivilgesellschaft. Fast alle Befragten berichten Ähnliches: *„Die reden nicht mit uns. Die wollen nicht mit uns reden. Das ist das Neue. Bis jetzt habe ich immer das Gefühl gehabt, man kann noch mit jemandem reden.“* Die Vielzahl ähnlicher Rückmeldungen lässt hier eine Systematik erkennen. CSOs werden kaum mehr eingeladen zu Gesprächen, es ist oftmals extrem schwierig, auch nur einen digitalen Dialog aufrechtzuerhalten. Oft *„gibt es eigentlich keine Reaktionen“*, man muss *„monatelang nachtelefonieren“* oder man erhält Antworten, *„die dann nicht stimmen“*. Und dies passiert *„quer durch den Sektor, ob das die Umwelt ist, ob das die Kultur ist“*.

„Und das ist eigentlich ein Aushungern. Also so ein systematisches Aushungern von Einrichtungen.“

Betrachtet man die Gesamtausgaben, mit denen die öffentliche Hand bestimmte CSOs (mit)finanziert, dann hat sich laut der (nicht repräsentativen) quantitativen Erhebung nicht viel verändert. Insgesamt und im internationalen Vergleich ist die finanzielle Situation der meisten CSOs in Österreich relativ stabil, allerdings mit den schon länger bestehenden Problemen schleichender Kürzungen (Simsa 2015).

Eine detaillierte Betrachtung zeigt allerdings deutliche Veränderungen der Finanzierung, die kritische CSOs betreffen. Vor allem in den Bereichen Migration, Kunst, Frauen-, Arbeitsmarkt- und Entwicklungspolitik haben diese CSOs zum Teil existenzbedrohende Einschränkungen der öffentlichen Finanzierung erfahren. Eine Vertreterin arbeitsmarktpolitischer CSOs beschreibt dies: *„Das ist ja schon das zweite Jahr der Kürzungen. Das heißt 2018 gab es auch schon Kürzungen, (...) jetzt sieht man, wie die Betriebe beginnen zu schließen.“*

In Zusammenhang mit massiven Kürzungen im Frauenbereich, die vor allem autonome, feministische Einrichtungen betreffen, wird dies als „ideologischer Umbau“ und als brutal beschrieben: „Das ist was Neues. Also in so einer Brutalität haben wir das glaube ich noch nie erfahren.“ Entwicklungszusammenarbeit ist im aktuellen Regierungsprogramm zwar ein Schwerpunkt, dennoch gibt es auch hier Kürzungen. Existenzbedrohende Kürzungen betreffen kritische CSOs im entwicklungspolitischen Bildungsbereich: „Da gibt es Kürzungen (...) das betrifft einige Organisationen (...) die dann einfach nicht mehr weitermachen können. (...) viele Kürzungen sind im so genannten entwicklungspolitischen Bildungsbereich, also in der Inlandsarbeit. Die ist traditionell eher kritisch und da hat das System und ist nicht erratisch.“ In der Flüchtlings- und Asylpolitik gibt seit dem Antritt der Regierung drastische Kürzungen. Nur zum Teil können diese mit dem Rückgang der Asylanträge begründet werden, vielfach betreffen sie die Integration, etwa das Integrationsjahr, die Lehrlingsausbildung und Sprachunterricht. Auch hier wird System gesehen: „Massive Einbrüche (...) also Flüchtlingsbereich, massiv Rechtsberatung, massiv Integrationsmaßnahmen, das ist ja ihr zentrales Wollen. Wir wollen keine Flüchtlinge (...) wir wollen eigentlich gar nicht integrieren.“

Damit wird das Ziel verbunden, Kritik zu unterbinden: „Das ist sozusagen ein Hebel, also wie nehme ich denen das Geld, wie kürze ich es, sodass ich diese Stimmen zum Verstummen bringe (...) entweder, weil ich sie ganz kürze und da gibt es sie nicht mehr oder, weil ich unter Androhung von Kürzungen halt sie dann zum Stillsein bringe.“

„Bei der Versammlungsfreiheit gibt es Einschränkungen ...“

Grundrechte sind in Österreich im internationalen Vergleich gut ausgeprägt. Allerdings wurde die Versammlungsfreiheit bereits 2017 eingeschränkt, vor allem durch die Ausweitung der Anzeigefrist für Versammlungen, die Einrichtung von so genannten Schutzbereichen. Indirekte Auswirkung auf die Ausübung von Grundrechten haben zunehmende Bürokratisierung und Einschränkungen der Rechtssicherheit aufgrund schärferer Auslegungen in der gegenwärtigen Praxis: „Das mit der Versammlungsfreiheit (...) dass das, dass man das jetzt früher anmelden muss. (...) von dem her merkt man schon, dass es enger wird. (...) damit sind wir viel besser überprüfbar oder handelbar. Oder man kann auch leichter eingreifen und sagen, das geht nicht.“

Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft

Der gegenwärtige politische Stil führt zu Druck und Polarisierung, viele Befragte berichten von deutlich erhöhtem Arbeitsaufwand (z.B. für die Richtigstellung von Falschmeldungen, Umgang mit gerichtlichen Anzeigen, Informationsbeschaffung). Die CSOs erleben die gesellschaftliche Frontenbildung in der Bevölkerung, der Politik und den Medien.

Auswirkungen sind oft Verunsicherung und erhöhter persönlicher Druck: „Aber grundsätzlich ist schon zu merken ein Klima von Angst bei allen möglichen Situationen, diese Dinge nicht mehr zu sagen. Ja, Angst, Unsicherheit.“ MitarbeiterInnen bleiben davon nicht unbeeinflusst. Die Änderungen des Klimas erleben manche als Delegitimierung ihrer Arbeit und als persönliche Belastung. Sie werden abgewertet und als Gutmenschen

kritisiert: „*Da braucht man auch ein gewisses Mindset, da nicht die Nerven zu verlieren. Und alle, die ein bisschen vulnerabel sind (...), die beginnen sich umzuschauen und sich etwas Anderes zu suchen.*“ Auch Angriffe in den sozialen Medien sind laut den Befragten mehr und gehässiger geworden. „*Es beschäftigt uns auch (...) und ärgert tut es natürlich auch und weh tut es auch, wenn du sowas liest.*“ Um sich dem Hass in sozialen Medien nicht auszusetzen, ziehen sich manche Personen, häufig Frauen, aus digitalen Kommunikationskanälen zurück.

Die Reaktionen der Zivilgesellschaft sind vielfältig. Das Spektrum reicht von defensivem Verhalten, wie Abwarten und unauffälligem Verhalten über neue Formen des Widerstands, der offensiven Arbeit an alternativen Narrativen bis zu verstärkten Solidarisierungen. Manche CSOs sehen das veränderte Klima als eine Phase, die es gilt, möglichst unbeschadet zu überstehen. Aus Vorsicht werden dann z.B. Demonstrationen nicht beworben oder weniger Kritik an der Regierung geübt. Viele Befragte berichten von einer Stärkung der Vernetzung, von neuem Kampfgeist und von neuen Mobilisierungen. Die Zivilgesellschaft ist „*wieder mehr zusammengewachsen*“, in einem gemeinsamen Kampf um die Demokratie. AkteurInnen, die sonst eher ruhiger waren, werden aktiv: „*Ich habe den Eindruck, dass zunehmend auch Akteure, die sich sonst nicht so stark politisch äußern würden, sagen: hier sind Grenzen überschritten. Hier muss ich mich äußern.*“

Als Antwort auf die verbale Delegitimierung der Zivilgesellschaft und ihrer KlientInnen wird verstärkt die Notwendigkeit positiver Gegenerzählungen gesehen: „*Ich glaube, dass es von entscheidender Bedeutung ist, einige andere Narrative, was heißt gelungenes Leben nach unseren Vorstellungen (...) wie wollen wir den Wandel, wie wollen wir miteinander leben, wie kann eine Gesellschaft sein, die nicht polarisiert.*“ Viele betonen auch die Bedeutung von Kritik und Widerstand: „*Das Wichtigste ist, dass man nicht schweigt, das Wichtigste ist, dass man weitermacht (...) dieser zivile Ungehorsam.*“

Resümee

Die Veränderungen ergeben in ihrer Gesamtheit ein klares Muster: Sie entsprechen den aus der Literatur bekannten Prozessen der Entwicklung autoritärer Regierungen. Die vier im Rahmen des Modells des civil society capture genannten Schritte sind diskursive Delegitimierung, Einschränkungen der Partizipation, politisch motivierte Finanzierungsentscheidungen zu Lasten kritischer und unabhängiger Organisationen und letztlich Einschränkungen von Grundrechten. Abgesehen von Letzterem sind diese Schritte in Österreich deutlich beobachtbar. Sie können als Indikator für „autocratization“ gesehen werden, also die Entwicklung hin zu autoritärer Politik bzw. autoritärem Agieren der Politik: „This process of civil society capture, where populist autocrats are constraining civil society by restricting civil liberties and violating political rights, is part of the overall wave of autocratization, where populists and early stage autocrats are keeping a democratic façade while seriously undermining democratic principles.“ (Möder und Pranzl 2019, 10)

Es gibt klar beobachtbare Tendenzen, das kritische Potenzial der Zivilgesellschaft sowie ihre Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen einzuschränken. Politisch motivierte Finanzierungsentscheidungen hat es immer gegeben, ebenso unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf erwünschte Partizipation sowie inhaltliche Konflikte

zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Die Politik des systematischen Zurückdrängens von Widerspruch, Protest und Vielfalt durch unterschiedlichste, ineinandergreifende Maßnahmen, ist allerdings neu. Sie ist Ausdruck einer zunehmend autoritären, rechts-populistischen Politik.

Literatur

- Ágh, A. (2015): The Bumpy Road of Civil Society in the New Member States: From State Capture to the Renewal of Civil Society. In: *Politics in Central Europe* 11 (2), 7–21.
- Cassani, A., & Tomini, L. (2019): What Autocratization Is. In: Cassani, A. & L. Tomini (Hrsg.), *Autocratization in post-Cold War Political Regimes*. Cham: Springer International Publishing, 15–35.
- Cheskin, A., & March, L. (2015): State-Society Relations in Contemporary Russia: New Forms of Political and Social Contention. *East European Politics* 31 (3), 261–273.
- Christensen, R. A., & Ebrahim, A. (2006): How does accountability affect mission? The case of a nonprofit serving immigrants and refugees. In: *Nonprofit Management and Leadership* 17 (2), 195–209.
- Diamond, L. (2008): The Democratic Rollback: The Resurgence of the Predatory State. In: *Foreign Affairs* (March/April), 36–48.
- Doyle, J. (2016): Government Co-Option of Civil Society: Exploring the AKP's Role Within Turkish Women's CSOs. In: *Democratization* 25 (3), 445–463.
- Doyle, J. (2017): State Control of Civil Society Organizations: The Case of Turkey. In: *Democratization* 24 (2), 244–264.
- Flecker, J., et al. (2019): Extreme und populistische Rechtsparteien und die soziale Frage - Frankreich, Österreich, Ungarn und die Niederlande. *WSI-Mitteilungen* (i.E.).
- Freedom House. (2008): Global Freedom in Retreat: Freedom in the World 2008. Retrieved from <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2008>
- Freedom House. (2019): Democracy in Retreat: Freedom in the World 2019. Retrieved from <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2019>
- Greiling, D. (2014): Qualität und Transparenz von NPOs: Pflichtübung oder Chance? In: Zimmer, A.E. & R. Simsa (Hg.), *Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo vadis?*. Wiesbaden: Springer VS, 231–244.
- Greskovits, B. (2017): Rebuilding the Hungarian Right through Civil Organization and Contention: The Civic Circles Movement. *EUI Working Paper RSCAS*.
- Heitmeyer, W. (2012): Rohe Bürgerlichkeit. Bedrohungen des inneren Friedens. *Wissenschaft & Frieden* 2, 39–41.
- Hofmann, J., et al. (2019): Symbolic Struggles over Solidarity in Times of Crisis: Trade Unions, Civil Society Actors and the Political far Right in Austria. In: *European Societies forthcoming* (Special Issue „Crisis and Solidarities in Europe“).
- IDEA. (2018): Voter Turnout Database. <https://www.idea.int/data-tools/data/voter-turnout>
- Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2018): *How Democracies Die*. New York: Crown.
- Loch, D., & Norocel, O. C. (2015): The Populist Radical Right in Europe: A Xenophobic Voice in the Global Economic Crisis. In: H. J. Trenz, et al. (Hg.), *Europe's Prolonged Crisis: The Making or the Unmaking of a Political Union*. London: Palgrave, 251–269.
- Lührmann, A., & Lindberg, S. I. (2018): Keeping the Democratic Façade: Contemporary Autocratization as a Game of Deception. *V-DEM Working Paper* (75).
- Maier, F., & Meyer, M. (2011): Managerialism and Beyond: Discourses of Civil Society Organization and Their Governance Implications. In: *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 22 (4), 731–756.
- Moder, C., & Pranzl, J. (2019): Civil Society Capture? Populist Modification of Civil Society as an Indicator for Autocratization. Paper presented at the The SPSA Annual Conference 2019 & Dreiländertagung, Zürich.
- More-Hollerweger, E., et al. (2014): *Civil Society Index – Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich*. Wien: Kompetenzzentrum für Nonprofit Organisationen.
- Mounk, Y. (2018): *The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*. Cambridge: Harvard University Press.
- Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government & Opposition* 39 (4), 542–563.
- Müller, J.-W. (2017): *What is Populism?* London: Penguin Books.

- Pape, U., et al. (2019): Changing Policy Environments in Europe and the Resilience of the Third Sector. In: VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organization (i.E.).
- Pennerstorfer, A., et al. (2013): Der Nonprofit Sektor in Österreich. In Simsa, R. et al. (Hg.), Handbuch der Nonprofit Organisationen. Strukturen und Management. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag, 55–75.
- Putnam, R. D. (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.
- Sanders, M. L. (2015): Being Nonprofit-Like in a Market Economy: Understanding the Mission-Market Tension in Nonprofit Organizing. In: Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly 44 (2), 205–222.
- Schmitter, P. C. (2015): Crisis and transition, but not decline. Journal of Democracy 26 (1), 32–44.
- Simsa, R. (2015): Ökonomisierung und die Entwicklung öffentlicher Finanzierung im NPO-Sektor: Ausprägungen und Reaktionen der Organisationen. In: WISO Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW 38 (4), 12.
- Simsa, R. (2017): Repression of the Spanish Protest Movement – Mechanisms and Consequences. In: Nonprofit Policy Forum 8 (3), 321–336.
- Urbinati, N. (2016): Reflections on the Meaning of the „Crisis of Democracy“. In: Democratic Theory 31 (1), 6–31.
- Wijkström, F., & Zimmer, A. E. (Hg.). (2011): Nordic Civil Society at a Cross-Roads: Transforming the Popular Movement Tradition. Baden-Baden: Nomos.
- Zimmer, A. E. (2014): Money makes the world go round! Ökonomisierung und die Folgen für NPOs. In Zimmer, A.E. & R. Simsa (Hg.), Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo vadis?. Wiesbaden: Springer, 163–180.